DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

Letzte Gesetze

Zur Güte: Dreizehn Zukunftsentscheidungen, die es nicht geben wird

Von John von Düffel Seite 2

10. Dezember 2022 | #49

Agenda Generations-gerechtigkeit

Dreizehn Zukunftsentscheidungen, die es nicht geben wird

Von **John von Düffel**

1. Weniger Gerontokratie wagen!

2. Einsetzung eines Ethikrates, der die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der jüngeren Generation nicht immer erst einfordert, wenn es zu spät ist!

3. Zukunftsinvestitionen in Klimaneutralität, Artenschutz, *Jugend forscht* in Höhe des jährlichen Zuschusses des Bundeshaushalts zur Rentenversicherung (ca. 120 Milliarden, ein Viertel des Gesamtetats)!

4. Überprüfung und Rückabwicklung toxischer Wahlgeschenke durch den Bundesrechnungshof wie Tankrabatt und die abschlagsfreie Rente mit 63!

5. Nichtzulassung undemokratischer Parteien zur Wahl und somit aller Parteiprogramme, die eine Antwort auf das Demographieproblem, die Klimakrise und die Energieinfrastruktur der Zukunft schuldig bleiben!

6. Präventivhaft für alle Innenpolitiker, die Präventivhaft gegen die Klimaprotestierenden der Letzten Generation verhängen wollen (Aufnahme des Tatbestandes der klimapolitischen Untätigkeit ins Strafgesetzbuch)!

7. Angleichung der Renten in Ost und West durch Absenkung der Westrente bei gleichzeitiger Heraufsetzung des Rentenalters auf 70 zur Refinanzierung der Verstaatlichung der Bahn und des Gesundheitswesens!

8. Herabsetzung der Altersgrenze für die Papstwahl und Aufstockung von BAföG!

9. Einführung des Verursacherprinzips bei der Müllbeseitigung!
   a) Verbot von Einweggrills!
   b) Verbot aller Grills!
   c) Raus aus der Holzkohle!

10. Einführung des Verursacherprinzips bei der Energieproduktion!
    a) Keine Haftungsbeschränkungen für Atomkonzerne!
    b) Persönliche Haftungsdauer (innerfamiliär) entsprechend der Verstrahlungsfrist von einer Million Jahre!
    c) Finanzierung aller Entsorgungs- und Endlagerungskosten durch die Konzernetats (oder das Privatvermögen ihrer Vorstände bis hinunter zum mittleren Management)!
    d) Wiederherstellung des Ursprungszustands sämtlicher Stein- und Braunkohlereviere durch RWE und Vattenfall!

Titel und S. 2: shutterstock.de

e) Nachkaufspflicht von CO_2-Zertifikaten rückwirkend für den Ausstoß sämtlicher Treibhausgase ab dem Jahr 1991!
f) Ein EEG-Umlage-Gesetz, das auf einen Bierdeckel geht!
g) Bierdeckel, auf die das EEG-Umlage-Gesetz geht!

11. Bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Energieeinsparung!
a) Einrichtung eines Sinn-TÜVs für Garten- und Haushaltsgeräte!
b) Sicherungsgewahrsam für Laubbläser!
c) Düngeverbot für Blumenrabatten und Geranienkästen!
d) Maximal eine Kaffeemaschine pro Büroetage!
e) Nur ein Thermomix pro Wohnblock!
f) Einstufung des Stand-by-Modus als Ordnungswidrigkeit!

12. Eine echte Verkehrswende!
a) Tempolimit ins Grundgesetz!
b) PKW-Maut für Bayern und sämtliche Mitarbeiter des Bundesverkehrsministeriums!
c) Sofortige Schließung des Kraftfahrzeugbundesamtes und Einsetzung einer Abgasprüfbehörde, die auch bei Temperaturen unter 20° Celsius arbeitet!
d) Feststellung eines Formfehlers bei der staatlichen Förderung für „Mild-Hybride“ und Rückzahlung fehlgeleiteter E-Auto-Prämien!
e) Fahrverbot für SUVs im Stadtverkehr!
f) Autofreie Weihnachten! Autofreie Ostern!
g) 1,5 Meter Mindestabstand zwischen Radfahrenden und rechtsabbiegenden LKW, aber wirklich!
i) Sowas wie Radwege in der Realität!

13. Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas!
a) Beobachtung aller lobbyistischen Aktivitäten durch den Verfassungsschutz!
b) Aufhebung der Anonymität bei digitalen Hassverbrechen!
c) Klimaneutralität für Talkshows bis 2025!

PS @ alle älteren Leser*innen:
Nicht aufregen, euch passiert nix!
Macht’s gut! @ alle jüngeren Leser*innen:
Sorry! Macht’s besser :)

Morddrohungen an:
John von Düffel c/o ZDF

Prof. Dr. John Von Düffel
ist ist Schriftsteller, Dramaturg und lehrt Szenisches Schreiben an der Universität der Künste Berlin.

Gerade erschien sein neues Buch „Das Wenige und das Wesentliche. Ein Stundenbuch“ bei Dumont.

IMPRESSUM
Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger:	Detlef Prinz
Herausgegeben von	Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur:	Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen:	Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout:	Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]:	Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 8. Dezember 2022
© Der Hauptstadtbrief 2022

DER HAUPTSTADTBRIEF

Jetzt abonnieren unter:
derhauptstadtbrief.de

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie jedes Wochenende den aktuellen HAUPTSTADTBRIEF bequem per Email.

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Kammerspiel

Eine Uralttaktik der Opposition ist es, die Bundesländer zu instrumentalisieren, um sich gegen die Mehrheit des Bundestages durchzusetzen – was dann gelingen kann, wenn Gesetze ausdrücklich der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Die Union verbuchte jüngst einen Erfolg – im Streit darüber, die Hartz-IV-Regelungen durch ein Bürgergeld zu ersetzen. Olaf Scholz musste nachgeben. Die Grünen machten es während der Großen Koalitionen – in den Debatten über das Asylrecht, als es um „sichere Herkunftsländer" ging. Angela Merkel musste sich fügen. Zu Zeiten Helmut Kohls taten es die damaligen SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder in der Steuerpolitik. Kohl warf der SPD „Blockade" vor. Doch entstand der Eindruck von Führungsschwäche. Die kommt beim Publikum nicht gut an.

Neu ist es, die Verhältnisse im Bundesrat zur Bereinigung innerer Querelen einzusetzen. Im Ausländerrecht sind die Unionsparteien uneinig über Pläne der Bundesregierung. Um das zu kaschieren, wies CDU-Chef Friedrich Merz den Vorwurf aus den Ampelkoalition, die Unionsparteien betrieben eine „Blockadepolitik", auf vorsorgliche Weise zurück. „Dieses Gesetz wird *aller Voraussicht nach* im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sein", sagte er in der ARD. „Das ist dann ein sogenanntes Einspruchsgesetz, wo es eine Mehrheit im Bundesrat geben müsste, um Einspruch einzulegen." Für einen solchen Einspruch aber haben die von der Union mitgeführten Landesregierungen keine Mehrheit im Bundesrat. Ähnlich auch Christian Lindner, FDP, in Sachen Erbschaftsteuerreform. Mit dem Vorhaben seiner Ampelregierung ist er unzufrieden, weil in bestimmten Fällen eine Steuererhöhung die Folge wäre. Also erinnerte er die Union daran, „ihre" Landesregierungen könnten die – bei Steuerangelegenheiten erforderliche – Zustimmung im Bundesrat verweigern. Frech ist das auch – stehen doch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer den Ländern zu.

Gerne verwenden Landespolitiker die Losung „Erst das Land, dann die Partei". Die Wirklichkeit sieht oft anders aus, was an Mehrheiten und Verhältnissen liegt. Und die sind so: Von den 69 Stimmen, über die die Bundesländer – abgestuft nach ihrer Einwohnerzahl – im Bundesrat verfügen, kann sich die Ampelkoalition nur der 13 Stimmen sicher sein, über die die gleichfarbige Koalition in Rheinland-Pfalz sowie die von Rot-Grün regierten Länder Hamburg und Niedersachsen verfügen. Allenfalls könnten die 14 Stimmen der von Rot-Rot-Grün regierten Länder (Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) hinzugezählt werden. Zudem können die Länder ihre Stimmen nur geschlossen als Block abgeben; bei interner Uneinigkeit pflegen sie sich zu enthalten, was sich als Nein auswirkt.

Bei den zwölf verschiedenfarbigen Koalitionen in den 16 Bundesländern haben die Unionsparteien Einfluss auf die Vergabe von 39 Stimmen, die SPD auf 42 Stimmen und die Grünen sogar auf 53 Stimmen. Die Grundgesetzformel „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung des Bundes und der Verwaltung und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit" bietet genügend Raum für alle, über Bande zu spielen. ■

POSTSKRIPTUM Von **Lutz Lichtenberger**

Im Gegenlicht

Boveri-Preis 2022 für Hannelore Schlaffer

Einer schönen Tradition folgend verleiht David Brooks, liberal-konservativer Kolumnist der *New York Times* seit bald zwei Jahrzehnten die *Sidney Awards* für *long-form journalism*, die besten Essays, Aufsätze, außergewöhnlichen Beiträge zum Zeitgeschehen, jenseits der tagesaktuellen Leitartikel und Kommentare. *Der Hauptstadtbrief* will, beginnend in diesem Jahr, mit der Verleihung des *Boveri-Preises* in transatlantischer Übersetzung an diese Tradition anknüpfen, benannt nach der so streitbaren wie vielschichtigen Journalistin Margret Boveri, deren stilbildenden Aufsätze zahlreiche Debatten in den frühen Jahren der Bundesrepublik prägten.

Der erste Preis in diesem Jahr geht an Hannelore Schlaffer. Die Stuttgarter Germanistin schreibt in der vierteljährlich erscheinenden

INGE
KLOEPFER

AUF DEN *ZWEITEN* BLICK

ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

Hoffnungskonzert

In der vergangenen Woche erreichten Deutschland überraschende Nachrichten aus dem Nahen und Fernen Osten. Im Iran hat sich die islamische Regierung offenbar entschlossen, die in der Bevölkerung so verhasste Sittenpolizei aufzulösen. Ob damit allerdings auch das Kopftuchgebot fällt, ist noch nicht ausgemacht. Derweil hat sich die chinesische Staatsführung dazu durchgerungen, die drakonischen Maßnahmen ihrer gescheiterten Null-Covid-Politik zu lockern. Ein bisschen zumindest. Erreicht hat das jeweils eine Bevölkerung, die sich – bewundernswert mutig – ihren autoritären Regimen entgegenstellt. In beiden Ländern konfrontierten die Protestierenden ihre Staatsführung mit unzähligen spontanen, punktuellen und gerade deshalb unberechenbaren Aktionen. Ob die politischen Zugeständnisse diese Widerstände beruhigen oder beflügeln, ist nicht vorherzusagen.

Die Reaktionen des Westens lassen bei solchen Nachrichten gleichwohl nie lange auf sich warten: Sie münden in der hoffnungsvollen Frage, ob die seit Jahrzehnten so rigiden Systeme inzwischen nicht an ihre Grenzen kommen. Mehr noch: ob diese mit immer härteren Zugriffen auch auf das Privatleben der Bevölkerung ihrer Abschaffung auf Dauer nicht sogar Vorschub leisten. Diesmal aber ist es anders, heißt es dann mit Blick auf die öffentlich geäußerte Wut. Mag sein oder auch nicht, aus dem Ausland oder lediglich den iranischen oder chinesischen Metropolen ist die Lage im gesamten Land jeweils nur schwer zu beurteilen.

Genau das lässt Raum für das Prinzip Hoffnung, das so manch sachlichen Blick vereitelt. Jenen zum Beispiel, wie sich die Zahl der Kritiker eines Regimes zu der der Verzagten, der Dulder oder gar seiner Verfechter in der Bevölkerung verhält. Die Hoffnung lässt sich so leicht eben nicht unterkriegen, genährt durch den tiefen Wunsch, dass sich Gesellschaften nach den Grundprinzipien einer demokratischen Postmoderne befreien mögen.

Genau hierin findet die Hoffnung ihre Schattenseite – als zutiefst ambivalente Grundemotion, die permanent gefüttert werden will und schon deshalb dazu verführt, ein jedes Detail allzu positiv zu deuten. Andernfalls würde sie versiegen. Dass sich daraus unzählige Fehleinschätzungen ergeben, nicht nur im Privaten, gerade auch im Politischen, ist durch die Wirklichkeit verbürgt: Die monatelangen Proteste auf dem Platz den Himmlischen Friedens in Peking 1989 hatten keinen Erfolg, sie endeten in einem Blutbad. Die grüne Widerstandsbewegung im Iran ist nicht zur Revolution mutiert. Aus den Ländern, die einst in den Arabischen Frühling aufbrachen und darin vom Westen aus sicherer Entfernung so hoffnungsfroh über die Fernsehschirme begleitet wurden, sind weitgehend keine freiheitlich demokratischen Staatsgebilde hervorgegangen. Durch die von dem augenscheinlichen Veränderungsmomentum ausgehende Faszination und die Hoffnung auf einen nach westlichen Maßstäben so wünschenswerten Ausgang nahm sich die Beurteilung der Geschehnisse damals noch sehr anders aus als heute im Rückblick.

Kann es sein, dass der Westen der Hoffnung immer wieder in die Falle geht und gesellschaftliche Beharrungskräfte übersieht, die noch viel größer sind als die autoritären Regierungsapparate selbst? ■

Zeitschrift *Leviathan* über „Neue Frauen – neuer Alltag. Die kleinen Folgen einer großen Revolution“ und deutet die Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens infolge der sich entwickelnden, wenn auch nicht etwa abgeschlossenen Gleichberechtigung der Geschlechter. Das ist kein Beitrag zur Genderdebatte, sondern eine überaus klug beobachtete und stilistisch brillante Beschreibung nur auf den ersten Blick kleiner Veränderungen unserer Sitten und Gebräuche.

Komik und Erkenntnisgewinn paaren sich dort in Absatz für Absatz, etwa in Schlaffers Beschreibung des Bügeleisens, dessen Entwicklung alte Rollenaufteilungen obsolet gemacht, neue Moden geprägt und – „je perfekter es wurde, umso weniger galt die Leistung, es zu handhaben und desto nachlässiger ging man um“ – die einstige „Ordnungssucht des Establishments“ bezwungen hat.

Schlaffer sieht den heute selbstverständlich Kinderwagen schiebenden Männern zu, vor 30 Jahren noch eine Seltenheit: „Es verletzt dies seine Ehre ebenso wenig wie die Mitarbeit im Haushalt, worüber in den Anfängen dieser männlichen Emanzipation seine Mutter, die an der traditionellen Aufteilung der Rechte und Aufgaben in der Familie festhalten wollte, durchaus schockiert sein konnte. Heute muss er sich vor keiner Mutter verteidigen, er muss nicht mehr Herr, er darf Mensch sein.“

Schlaffers Aufsatz lässt sich keiner einfachen politischen Richtung zuordnen, schon gar nicht lässt sie Zweifel aufkommen, dass sie Emanzipation – nur einer der gewitzten Kniffe: eben auch für Männer – entschieden befürwortet. Es sind die frappanten historischen Kontraste, anhand derer der Blick auf die Gegenwart so elegant geschärft wird, die den Essay auszeichnen. Das ist der Stoff, aus dem gewinnbringende Debatten entstehen. ■